

Solidarität mit Mumia wächst

Bremen schließt sich Städtebündnis gegen die Todesstrafe an und solidarisiert sich mit inhaftiertem Journalisten

Von Jürgen Heiser



Demonstration für Mumia Abu-Jamal im Dezember 2008 in Berlin
Foto: Christian Ditsch/Version

Die Bremische Bürgerschaft hat sich am Mittwoch mit Mumia Abu-Jamal solidarisiert. Der Journalist und Bürgerrechtler sitzt seit 1982 in den USA in der Todeszelle. Er wird beschuldigt, einen Polizisten erschossen zu haben. Beweise gibt es keine. Nun droht eine Entscheidung des Obersten Gerichtshofs der USA über Leben und Tod des Afroamerikaners zu entscheiden. Deshalb hat die Linksfraktion am 11. November einen Dringlichkeitsantrag »Solidarität mit Mumia Abu-Jamal« in der Bürgerschaft eingereicht. Die SPD-Grünen-Koalition hat die Initiative der Linken zur Grundlage genommen, um einen eigenen Antrag zu formulieren. Dieser spricht sich grundsätzlich gegen die Todesstrafe und für die »Unterstützung der bundesweiten Kampagne von Amnesty International zur Abwendung der Vollstreckung des Todesurteils an Mumia Abu-Jamal« aus. Um den Weg für eine parteiübergreifende Solidaritätsadresse freizumachen, nahm Die Linke ihren Antrag zugunsten des Koalitionsantrags zurück.

Durch das Insistieren von Monique Troedel, Fraktionsvorsitzende der Linken, nimmt der Antrag explizit Bezug auf Abu-Jamal: »Zu den Staaten, in denen weiterhin Todesstrafen ausgesprochen und vollstreckt werden, gehören auch demokratische Staaten wie Japan und die USA. So steht auch in dem Verfahren gegen den US-Amerikaner Mumia Abu-Jamal, das international Aufsehen erregte, aktuell wieder zu befürchten, daß die vor 27 Jahren ausgesprochene Todesstrafe nun vollstreckt werden könnte, obwohl der Verurteilte schwere Verfahrensfehler und einen Verstoß gegen das Menschenrecht auf ein faires Verfahren geltend macht.« Der von SPD, Grünen und Die Linke unterzeichnete Antrag wurde nach einstündiger Debatte fraktionsübergreifend angenommen.

Im Anschluß an die Landtagssitzung fand um 18 Uhr vor dem Bürgerschaftsgebäude eine Kundgebung für Mumia Abu-Jamal und die weltweite Abschaffung der Todesstrafe statt. Neben Bürgermeister Jens Böhrnsen (SPD) hatten auch Amnesty International, die Amnesty-Schülergruppen der Gymnasien Hermann-Böse und Kippenberg sowie das Bremer Free-Mumia-Bündnis zu der Aktion aufgerufen. Es sei gut, daß sich alle Fraktionen der Hansestadt so deutlich gegen die Todesstrafe ausgesprochen hätten, sagte Böhrnsen vor den Versammelten. »Kein Staat dieser Welt hat das Recht, Menschen das Leben zu nehmen. Die Todesstrafe ist barbarisch«, so der SPD-Politiker. Bremen habe sich dem Bündnis »Städte für das Leben – Städte gegen die Todesstrafe« angeschlossen, in dem seit 2001 über 80 deutsche Kommunen mitmachen. Weltweit sind es mehr als 700.

Ariane Müller, Sprecherin des Bremer Free-Mumia-Bündnisses, erklärte am Donnerstag gegenüber junge Welt, es sei schade, daß sich der Antrag nur auf die Unterstützung Amnesty Internationals beziehe und damit die Solidaritätsarbeit, die Komitees und Bündnisse in zahlreichen Städten für Mumia Abu-Jamal leisteten, unerwähnt bleibe. »Wir sehen darin aber auch eine Aufforderung an Amnesty International, sich noch stärker zu engagieren und mit der international wachsenden Solidaritätsbewegung den drohenden Justizmord gemeinsam zu verhindern.«

Am heutigen Freitag wird auch der Stadtrat in Nürnberg über einen Dringlichkeitsantrag der Linkspartei in Solidarität mit Mumia Abu-Jamal beraten.

»Wir schließen uns der weltweiten Solidaritätskampagne an und fordern ein neues, faires Gerichtsverfahren für Mumia Abu-Jamal«, heißt es darin.